

WIENER ZEITUNG .at

Neu in der Linkmap:
BERGHAUSEN

[Home](#) [Amtsblatt](#) [LinkMap](#) [Wahlen](#) [Sport](#) [Spiele](#) [Dossiers](#) [Abo](#) [ePaper](#)

Politik Europa Kultur **Wirtschaft** Computer Wissen extra Panorama Wien Meinung English MyAboTrends Börse **Unternehmen** Steuertipps Beruf & Karriere Weitere Service Immobilien Talk

[Wirtschaft](#) > Unternehmen

Unternehmen

Anleger-Anwälte hoffen auf Madoff-Prozess

Von WZ Online

Wien. Die Suche nach den verschwundenen Milliarden des US-Betrügers Bernard Madoff führt den Konkursverwalter Irving Picard nach Österreich, besser gesagt zur Bank Austria und Sonja Kohn, die in seinen Augen einen großen Teil der Madoff-Gelder eingesammelt haben soll.

Gestern kündigte Picard eine 19,6 Mrd. Dollar (14,8 Mrd. Euro) schwere Klage gegen die Bank Austria, ihre italienische Mutter UniCredit sowie Kohn und deren Bank Medici an. Österreichischen Anlegern, die via "Primeo"- oder "Herald"-Fonds bei Madoff investiert waren, könnte dies den Rücken stärken, sagte Anlegeranwalt Andreas Pascher der APA am Samstag.

Der Madoff-Skandal stellt sich für Anwaltskanzleien rund um den Globus als lukratives Geschäft heraus, immerhin hat Madoff mit seinem Pyramidensystem zigtausende Anleger um ihr Geld gebracht - 16.000 Geschädigte haben sich weltweit bei Gericht gemeldet. In Wien sind allein gegen die UniCredit Bank Austria etwa 180 Klagen anhängig. Die bisher vorliegenden erstinstanzlichen Urteile sind mehrheitlich zugunsten des Geldhauses ausgegangen.

Die Milliardenklage des Masseverwalters gibt österreichischen Geschädigten bzw. deren Rechtsvertretern - u. a. ist Ex-Justizminister Dieter Böhmndorfer mit der Causa befasst - dennoch neue Hoffnung, können sie sich doch nun auf Picards Erkenntnisse berufen und ihre Klagen nachbessern. Madoffs Schneeballsystem, heißt es bei heimischen Anwälten, sei so komplex, dass es einer einzelnen Kanzlei fast unmöglich sei, ein umfassendes Bild von seinen Machenschaften und möglichen Verbindungen zu Austro-Banken zu zeichnen. Hinzu komme, dass es in Österreich seitens der Gerichte gewisse Hemmschwellen gebe, sich ernsthaft mit großen Banken anzulegen.

Dass nun der US-Masseverwalter selbst gegen die Bank Austria vorgeht, ist für Anwalt Pascher "ein deutliches Signal, dass sie nicht mehr sagen kann, selbst Opfer von Madoff zu sein." Durch die Bedenken Picards würden die Anlegerverfahren gegen "das mächtige Gegenüber" Bank Austria eine gewisse Objektivierung erfahren. Der Wiener Anwalt wirft der Bank Austria vor, bei der Prüfung der Fonds - sie sei Prospektkontrollorin für "Primeo" und "Herald" gewesen - "unterlassend tätig" gewesen zu sein und "am Provisionskarussell extrem mitverdient" zu haben.

Die Bank Austria gründete in den 1990er Jahren über eine Tochter auf dem Steuerparadies Cayman Islands die "Primeo Fund Ltd.", die später mehrere Subfonds auflegte. Investmentberaterin und Managerin, so Pascher, war die damalige BA Worldwide Fund Management, die dafür ordentlich kassiert habe. Beim ersten Primeo-Fonds "hat man 20 Prozent Gebühren und Provisionen

bekommen, wenn dieser eine jährliche Rendite von über 10 Prozent gemacht hat. Nach einigen Jahren hat Madoff diesem Fonds nur mehr 8 Prozent Rendite zugewiesen. Dann hat man einen neuen Fonds aufgelegt, wo die Bank Austria unabhängig von der Höhe der Rendite Provisionen erhalten hat", so der Anlegeranwalt.

Konkret geht es um den "Primeo Select" und dessen 2003 von der BA Worldwide Fund Management gegründeten Nachfolgefonds "Primeo Executive". Die "Select"-Fonds, bei denen es eine Euro- und eine Dollar-Klasse gab, wurden noch im selben Jahr für Neuinvestitionen geschlossen. 2007 hat die Bank Austria im Zuge der Konzernumstrukturierung die "Primeo"-Gesellschaft an die UniCredit-Tochter Pioneer abgegeben.

Wie sich später herausstellte, fungierten die "Primeo"-Fonds als sogenannte Feeder-Fonds für Madoff, der die Gelder allerdings nie angelegt hat: Die Mittel des "Primeo Select" flossen in den "Herald USA", der wiederum von Kohns Bank Medici vertrieben wurde. Und der "Primeo Executive" investierte zur Hälfte in den "Herald USA", der Rest wurde an den "Alpha Prime" weitergeleitet, ebenfalls ein Madoff-Feeder-Fonds.

Letztendlich, so Pascher, habe Kohn "der Bank Austria die Rutsche zu Madoff gelegt", sie habe "einen guten Draht" zu dem nunmehr hinter Gittern befindlichen Betrüger gehabt. Die Gründung der Bank Medici, an der die Bank Austria eine Sperrminorität hielt, sei erfolgt, "um ein seriöses Standing zu haben" und "Geld rüberzuschaukeln", so der Rechtsvertreter weiter.

Insidern zufolge hat der ehemalige BA-Boss Gerhard Randa Kohn geholfen, eine Banklizenz zu bekommen.

Die Verantwortlichen bei der Bank Austria haben aus Sicht von Pascher jedenfalls "besonders die Augen zugekniffen"; sobald der Name Madoff gefallen sei, seien keine Fragen mehr gestellt worden. Dabei hätte man die Anzeichen von "Front Running" (Ausnutzen vertraulicher Informationen über eine bevorstehende Kundentransaktion zum eigenen Vorteil, Anm.) erkennen und handeln müssen.

Bei den meisten privaten Madoff-Geschädigten in Österreich handelt es sich um betuchte Personen, nicht wenige sind selbst Teil der (Wiener) Hochfinanz. Kohn soll es durch ihre überzeugende Art gelungen sein, die Madoff-Fonds als etwas besonders Exklusives zu vermarkten, ein Produkt also, in dessen Genuss nicht jeder kam - bei den meisten Fonds betrug das Mindestinvestment 50.000 Euro. "Bernie" Madoff dürfte kaum einer ihrer Geschäftspartner je zu Gesicht bekommen haben, wird erzählt. Dennoch hat die bestens vernetzte Bankerin wohl einige dazu gebracht, kräftig die Werbetrommel für sie bzw. Madoff zu rühren.

Sowohl die Bank Austria als auch Kohn haben in der Vergangenheit stets bestritten, von Madoffs Schneeballsystem gewusst zu haben. Man sei selbst Opfer geworden, wurde mehrfach betont. Die Bank Austria will "mit aller Vehemenz" gegen die US-Milliardenklage vorgehen, Kohns Wiener Anwälte waren für die APA vorerst nicht erreichbar. (APA)

Samstag, 11. Dezember 2010 17:42:00